

Gesperrt bis zum Beginn -

Es gilt das gesprochene Wort!

**Rede von Jörg Asmussen
Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit
und Soziales**

**125 Jahre Deutsche Rentenversicherung -
125 Jahre Selbstverwaltung in der
Deutschen Rentenversicherung**

anlässlich der ver.di-Bundesveranstaltung zum
"Tag der Selbstverwaltung"
8. Mai 2014, Berlin

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
sehr geehrte Frau Welskop-Deffaa,
lieber Frank Bsirske,
sehr geehrter Herr Dr. Reimann
und insbesondere
sehr geehrte Damen und Herren Vertreterinnen
und Vertreter der Selbstverwaltungen der Deut-
schen Rentenversicherung und anderer Träger
unserer gesetzlichen Sozialversicherung,

ich bedanke mich für die Einladung zu Ihrem
heutigen Tag der Selbstverwaltung und die Gele-
genheit, diese Veranstaltung vor dem ge-
schichtsträchtigen Hintergrund von 125 Jahren
selbstverwalteter deutscher Rentenversicherung
mit eröffnen zu dürfen.

Es ist mir eine besondere Freude, Ihnen die per-
sönlichen Grüße von Bundesministerin Andrea
Nahles und ihre besten Wünsche für eine gelun-

gene Veranstaltung mit hoffentlich vielen anregenden Debattenbeiträgen und lebhaften Diskussionen zu übermitteln.

Meine Damen und Herren,

125 Jahre Deutsche Rentenversicherung sind 125 Jahre eines tragenden Kernelements unserer sozialen Sicherheit, sind 125 Jahre erfolgreiche Sozialpolitik, sind 125 Jahre Sicherheit im Alter und bei Erwerbsminderung für Millionen von Versicherten auf der Grundlage solidarisch organisierter Eigenvorsorge.

Es sind aber auch Jahrzehnte des engagierten und höchst qualifizierten Einsatzes zahlloser Personen und Persönlichkeiten in der Verwaltung und der Selbstverwaltung der gesetzlichen Rentenversicherung in guten, oft genug aber auch in schwierigen und schwierigsten Zeiten.

Dass es gelungen ist, die Funktionsfähigkeit und die Akzeptanz dieses Systems auch in diesen schwierigen Zeiten zu erhalten, ist ein Verdienst ideenreicher Unternehmer und fleißiger Beitragszahler, engagierter Wirtschafts- und Sozialpolitik, kluger und sachkundiger Verwaltung, aber auch - und an herausragender Stelle - des Einsatzes all derjenigen Menschen, die sich ehrenamtlich in den Organen der Selbstverwaltung engagiert haben und engagieren.

Sie alle haben unsere Anerkennung verdient für das, was in der Deutschen Rentenversicherung - aber selbstverständlich auch in den anderen Zweigen der selbstverwalteten Sozialversicherung - geleistet und erreicht worden ist.

Welche Gelegenheit wäre besser geeignet, als ein „Tag der Selbstverwaltung“ um Ihnen, meine

Damen und Herren Vertreterinnen und Vertreter der Selbstverwaltung, für Ihren persönlichen Einsatz, für den großen Aufwand an Zeit und Mühe, den ein qualifiziertes Engagement in der Selbstverwaltung erfordert, meinen persönlichen, aber auch den Dank und Respekt des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales auszusprechen?!

Meine Damen und Herren,

die soziale Selbstverwaltung ist seit ihrer Gründung ein prägendes Element der deutschen Sozialversicherung. Die Idee, dass diejenigen Menschen, die es vorrangig betrifft, nämlich die Beitragszahler - die Versicherten und ihre Arbeitgeber - die Geschicke „ihrer“ Sozialversicherung selbst- und mitbestimmen, ist einer der Hauptfaktoren dafür, dass unsere Sozialversicherung zu einem weltweit anerkannten Erfolgsmodell geworden ist, das sich auch und gerade in Zeiten

des Umbruchs und in wirtschaftlich schwierigen Zeiten bewährt hat.

Was macht den besonderen Wert der Selbstverwaltung für unser Sozialsystem aus?

Die unmittelbare Mitwirkung der Betroffenen sorgt dafür - nicht selten besser und wirksamer als jede staatliche Regulierung es könnte -, die vielfältigen und in der Regel höchst unterschiedlichen Interessen zu einem tragfähigen und praktikablen Ausgleich zu bringen. Damit werden soziale Konflikte vermieden oder zumindest entschärft.

Auf der anderen Seite bindet die Selbstverwaltung die Sozialpartner, Versicherten und Beteiligten in die Verwaltungsstrukturen und damit in die Verantwortung für eine gute Organisation der Sozialversicherungsträger und eine erfolgreiche

Gestaltung der Versicherungsaufgaben ein. In unserem Sozialstaat ist sozialpartnerschaftliche Selbstverwaltung damit ein wichtiger sozialpolitisch und ökonomisch stabilisierender Faktor.

Natürlich ist der Wirkungsbereich der Selbstverwaltung begrenzt. Die „großen“ Entscheidungen über Sicherungsziele und Sicherungsniveaus, über den sozialen Ausgleich und über die Finanzierung in den einzelnen Zweigen der Sozialversicherung kann nur der Gesetzgeber treffen.

Aber im Vorfeld und Verlauf jeder Gesetzgebung hat das Wort der Selbstverwaltung Gewicht, denn sie bündelt einerseits das Wissen um die praktische Umsetzbarkeit jeder Reform. Andererseits gibt die Selbstverwaltung all denen eine Stimme, die sie vertritt. Und das sind die Beitragszahler auf der einen und die Leistungsbezieher auf der anderen Seite, junge und alte Menschen und so-

zial stärkere ebenso wie sozial schwächere. Dadurch ist eine einseitige Parteinahme ausgeschlossen. Damit ist die Selbstverwaltung ein zwar nicht immer bequemer, aber stets wichtiger Ratgeber der Politik.

Die Mitwirkung der Selbstverwaltung bei der Verwirklichung der Deutschen Einheit, bei den besonderen Herausforderungen der Globalisierung und des demografischen Wandels, bei der Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise, um nur einige Beispiele zu nennen, belegen das eindrucksvoll.

Mehrere Fusionen einzelner Sozialversicherungsträger, auch die Neuaufstellung im Bereich der Deutschen Rentenversicherung mit Regionalträgern und Bundesträger, sowie andere umfangreiche gesetzliche Neuregelungen bedeuteten in den letzten Jahren eine große Herausforderung

für alle Beteiligten, und wären vielfach ohne besondere persönliche Kraftanstrengungen nicht möglich gewesen.

Gerade hier hat sich die Selbstverwaltung und das Zusammenwirken der Sozialpartner aus meiner Sicht bestens bewährt.

Wer die Debatte der letzten Jahre verfolgt, stellt fest, dass eine große Einigkeit über den hohen Wert der Selbstverwaltung für unser Sozialversicherungssystem besteht.

Die Tätigkeit der ehrenamtlich engagierten Frauen und Männer in den Selbstverwaltungsorganen wird allseits und in hohem Maße gelobt und ist flächendeckend anerkannt.

Gleichwohl gibt es seit mehreren Jahren eine breite Kritik an den Grundlagen der Selbstverwal-

tung. Sie bezieht sich auf der einen Seite vor allem auf die zu schwach ausgeprägte Verankerung der Selbstverwaltung in der Bevölkerung, daraus resultierend auf die Wahlbeteiligung von nur rund 30 % an den Sozialwahlen und die im Verhältnis dazu hohen Kosten und das Verfahren der Sozialwahlen an sich.

Auf der anderen Seite auf die Gestaltungsmacht der Selbstverwaltung und die Unterstützung der ehrenamtlich tätigen Selbstverwalterinnen und Selbstverwalter.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wir wollen auch in Zukunft eine selbstbewusste, qualifizierte und leistungsfähige Selbstverwaltung, die die Belange der Versicherten sachkundig und engagiert vertritt. Wir wollen sie als wertvolles Element unseres demokratischen Sozial-

staates und als verlässlichen Partner der Politik im Interesse der Versicherten und der Sozialversicherungsträger bewahren.

Unser gemeinsames Ziel muss es deshalb sein, den hohen Stellenwert der Selbstverwaltung zu erhalten und die Selbstverwaltung dort, wo es notwendig, sinnvoll und möglich ist, zu stärken. So wie es die Koalitionsfraktionen von CDU, CSU und SPD in ihrer Koalitionsvereinbarung vom 16. Dezember 2013 beschlossen haben.

Deshalb müssen wir berechtigte und konstruktive Kritik an der Selbstverwaltung – insbesondere auch am Verfahren der Sozialwahlen – aufgreifen und die Selbstverwaltung modernisieren, damit sie gestärkt wird und ihre Akzeptanz erhalten bleibt.

Ich möchte auf einige aus meiner Sicht wesentliche Handlungsfelder näher eingehen:

1. Mehr Versicherten-/Bürgerbeteiligung durch bessere Information

Aus der Sicht der Bürgerinnen und Bürger erschöpft sich Demokratie im 21. Jahrhundert nicht mehr nur darin in größeren Zeitabständen Repräsentanten zu wählen, sondern bei wichtigen Entscheidungen frühzeitig und möglichst umfassend informiert, mit den eigenen Sorgen und Erwartungen gehört und ernst genommen zu werden und – soweit dies möglich ist – in geeigneter Form an den Entscheidungen beteiligt zu werden.

Das erfordert neue Wege in der Gestaltung der politischen Entscheidungsfindung und wird die

Politik insgesamt zukünftig vor neue Herausforderungen stellen.

Vor diesen Herausforderungen steht auch die Selbstverwaltung in der Sozialversicherung. Denn vielen Menschen sind die Existenz einer Selbstverwaltung in der Sozialversicherung, ihr Zweck und ihre Arbeit nur in Ansätzen bekannt. Das gilt erst recht für die Möglichkeiten, bei der Aufgabenerledigung der Sozialversicherungsträger selbst gestaltend mitzuwirken und sich mit den eigenen Interessen, Fähigkeiten und Ideen einzubringen. Das Vorbild der mehreren Tausend aktiv ehrenamtlich tätigen Selbstverwalter führt bislang leider nicht zu einer zunehmenden Bereitschaft der Beitragszahler, sich selbst aktiv in die Selbstverwaltung einzubringen.

Wir sollten dringend über die Sozialversicherung, die Selbstverwaltung, ihre Aufgaben und Gestal-

tungsmöglichkeiten und über die Arbeit der Selbstverwaltungsgremien mehr und ausführlicher informieren.

Nur so können wir das allgemeine Interesse an der Sozialversicherung und den Sozialwahlen erhöhen, sowie bessere Grundlagen sowohl für die aktive Mitarbeit in den Gremien als auch für die Beteiligung an den Wahlen schaffen. Unser Ziel muss es sein, insbesondere auch jüngere Versicherte stärker an die Selbstverwaltung heranzuführen, um sie zukunftsfähig zu halten.

Auch Ihre heutige Veranstaltung setzt insoweit wieder ein weiteres positives und wichtiges Zeichen.

2. Stärkere Beteiligung von Frauen

Bei der Zusammensetzung der Organe müssen wir leider auch feststellen, dass in vielen Gremien nach wie vor viel zu wenige Frauen vertreten sind.

Hier muss mehr Gleichstellung zwischen den Geschlechtern erreicht werden, erforderlichenfalls auch mittels einer Quotierung.

Der aktuell eher geringe Anteil der Frauen unter den Selbstverwaltern, der meist nicht dem Anteil der Frauen an den Versicherten entspricht, ist nicht zeitgemäß. Hier gilt es, geeignete Lösungsansätze zu finden.

3.Reform der Sozialwahlen

Das Verfahren der Sozialversicherungswahlen entspricht in vielen Bereichen nicht mehr den Erwartungen der Wahlberechtigten an ein zeitge-

mäßes Wahlverfahren. Darüber besteht ihn vielen Einzelfragen ein grundsätzlicher Konsens.

Keinen Konsens gibt es in der Frage, ob das bestehende Wahlverfahren zu einer ausreichenden demokratischen Legitimation der Selbstverwaltungsorgane führt. Hier gehen die Meinungen sehr weit auseinander.

Bei der Sozialwahl 2011 sind lediglich 4 Prozent aller Mandate in der gesamten sozialen Selbstverwaltung durch Urwahlen vergeben worden. Nur bei 10 von mehr als 200 Trägern sind Urwahlen durchgeführt worden.

Die Koalitionsparteien haben sich in der Koalitionsvereinbarung darauf verständigt, die Auswahlmöglichkeiten für die Versicherten da, wo sinnvoll und möglich, durch mehr Direktwahlen zu verbessern.

Ich interpretiere das so, dass damit keine generelle Abschaffung der Wahlen ohne Wahlhandlung - der sog. Friedenswahlen - vorgegeben, sondern eine sorgfältige Differenzierung erforderlich ist, die eine Erhöhung der Zahl der Urwahlen ermöglicht.

Wie das konkret umzusetzen ist, werden wir in den nächsten Monaten innerhalb der Bundesregierung abstimmen. Ziel muss es sein, eine ausreichende Beteiligung an den Wahlen zu ermöglichen und Zweifeln an der demokratischen Legitimation der Selbstverwaltung entgegenzuwirken. Ich denke, dass es uns gemeinsam gelingen wird, das Verfahren zu modernisieren.

4. Das Wahlsystem modernisieren

Wer das Wahlsystem modernisieren will, wird zu Recht auch mit der Frage konfrontiert, ob und inwieweit das Wahlsystem durch die Möglichkeit von Online-Wahlen attraktiver, einfacher und langfristig auch kostengünstiger gestaltet werden könnte.

Der Koalitionsvertrag enthält einen entsprechenden Auftrag. Deshalb streben wir im Rahmen einer Reform der Sozialwahlen an, die rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, die es den Sozialversicherungsträgern ermöglichen sollen, eventuell schon für die nächsten Sozialwahlen zusätzlich zur herkömmlichen Briefwahl Online-Wahlen anzubieten.

Damit könnte insbesondere das Interesse für die von mir bereits erwähnten jüngeren Wähler an den Wahlen geweckt werden.

Dabei ist selbstverständlich auf eine barrierefreie Ausgestaltung zu achten, um Menschen mit Behinderungen die Wahlteilnahme zu ermöglichen oder zu erleichtern.

Gemeinsam mit den Sozialversicherungsträgern prüfen wir intensiv, wie wir dieses Vorhaben umsetzen können. Dank der engagierten Arbeit der Beteiligten sind wir hier auf einem guten Weg.

5. Attraktivität des Ehrenamtes erhöhen

Wichtig ist es auch, dass wir für stärkere Anreize sorgen, sich ehrenamtlich in der sozialen Selbstverwaltung zu engagieren.

Hier sollten wir unvoreingenommen prüfen, wie die Lasten, die mit der Übernahme von Ämtern in der Selbstverwaltung unmittelbar verbunden sind, besser verteilt werden können.

Wir müssen uns zudem fragen, ob den ehrenamtlich Tätigen ausreichende Unterstützung zuteil wird, um sich alle notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten aneignen zu können, die sie für die Selbstverwaltungstätigkeit benötigen.

Es sollte daher eine Selbstverständlichkeit sein, Fortbildungsangebote nutzen zu können, aber auch zur Selbstverständlichkeit werden, sich die für eine effektive Ausübung des Ehrenamts erforderlichen Informationen anzueignen.

Meine Damen und Herren,

wir beabsichtigen noch in diesem Jahr einen Gesetzentwurf für eine Modernisierung der Sozialwahlen zu konzipieren, innerhalb der Bundesregierung abzustimmen und zur Diskussion zu stellen. Je größer die gemeinsame Basis ist, desto

größer ist die Chance, dass wir auch in Zukunft eine Selbstverwaltung haben, die von Versicherten und Beitragszahlern breit unterstützt und mitgetragen wird.

Deshalb begrüße ich es außerordentlich, dass Veranstaltungen wie die heutige eine Plattform für Informationsaustausch und Diskussionen schaffen.

In diesem Sinne bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen für den weiteren Tages- und Tagungsverlauf viel Erfolg.